PB.S-01-365

Kapitel 3: Solidarität sichern

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in:	BAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	25.04.2021

Änderungsantrag zu PB.S-01

Von Zeile 364 bis 366 einfügen:
Teilhabe müssen in jeder Phase allgemeiner, beruflicher und hochschulischer Bildung gewährt werden. Mit einer übergreifenden Enquete-Kommission „Inklusion, Teilhabe und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen und Psychiatrie“ wird überprüft, in welchen gesellschaftlichen Bereichen die Menschenrechte und die gesetzlichen Verpflichtungen nicht vollständig oder unzureichend umgesetzt sind. Es werden Strategien entwickelt, wie die gesellschaftliche Inklusion, Teilhabe und Gleichstellung verbessert werden kann. Wir wollen einen inklusiven Arbeitsmarkt schaffen und dafür Arbeitgeber*innen, die Menschen mit Behinderungen beschäftigen, besser unterstützen, den Wechsel von Werkstätten in

Begründung

Der Fachausschuss zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention hat Deutschland in verschiedenen Bereichen dafür gerügt, dass Menschen mit Behinderungen nicht – wie in der UN-Behindertenrechtskonvention verbindlich geregelt – ihre Menschenrechte in Deutschland wahrnehmen können. Trotz einiger Verbesserungen in den letzten Jahren, ist es notwendig, mit Hilfe einer Enquete-Kommission des Bundestages in allen wesentlichen Lebensbereichen einschließlich des Bereichs der Psychiatrie zu überprüfen, inwieweit die Menschenrechte, die gleichberechtigte, volle und wirksame Teilhabe und Inklusion bereits umgesetzt wurde. Aus den Ergebnissen können Strategien zur Verbesserung der Teilhabe und der Entwicklung inklusiver Strukturen abgeleitet werden.